

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/191

Bonn, den 19. September 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Die Wissenschaft hat keine Lobby Grenzen des Rotstifts bei der Beratung des Haushaltetats für das Jahr 1963	75
3	Finstere Verschwörung Der Kroml und die deutsch-französische Aussöhnung	50
4	Nach Berlin, nach Berlin! 250 000 Besucher im ersten Halbjahr 1962	35
5 - 6	Die Diktatur in Peru Von Humberto Maiztegui Sekretär der Sozialistischen Internationale für Lateinamerika	91

Chefredakteur Günter Markscheffel

(z.Zt. abwesend)

Verantwortlich: Albert Exler

### Die Wissenschaft hat keine Lobby

D.B. - Der Bundeshaushalt für das nächste Etatjahr muß um 5,2 Milliarden DM gekürzt werden. Das beschloß vor wenigen Tagen das Bundeskabinett, und das entspricht zweifellos den Notwendigkeiten, wenn Währung und Wirtschaft nicht weiter gefährdet werden sollen. Doch damit ist zunächst nur das Ziel angegeben, der Weg dorthin wird steinig werden. Denn nur kommt es darauf an, mit dem Rotstift in den einzelnen Etats der Bundesministerien diesen pauschalen Beschluß zu konkretisieren, wenn er nicht leere Deklamation bleiben soll. Darüber, wie das im Einzelnen geschehen wird, hüllt sich die Bundesregierung in Schweigen. Aber nach dem ersten Beifall in der Öffentlichkeit zeigen sich auch schon die ersten Schwierigkeiten. Die Diskussionen zwischen den einzelnen Ressorts über das Ausmaß der Kürzungen verlaufen offensichtlich nicht sehr friedlich, der Bundesverkehrsminister suchte sogar durch eine Presseerklärung Schutzsuche außerhalb des Kabinetts. Auch die Lobby der Wirtschaftsverbände wird sich in Bewegung setzen, um mehr als je hinter verschlossenen Türen ihre Interessen durchzusetzen.

Sparsam wird man in jedem Ressort sein müssen, und kaum ein Einzelstat wird bei so drastischen Kürzungen verschont bleiben. So war auch mehrfach zu hören, daß die in verschiedenen Bundesministerien vorgesehener Mittel zur Förderung von Wissenschaft, Forschung und Kultur betroffen sind. Im jetzigen Haushalt wurden für die verschiedenen Bereiche 825,9 Millionen DM und im Bundesverteidigungsministerium rund 336 Millionen DM für wehrwissenschaftliche Forschung ausgeworfen. Schon bei den vorjährigen Haushaltberatungen mußten aus den entsprechenden Ansätzen 30 Millionen DM gestrichen werden. Der Titel "Allgemeine und langfristige Förderung der Wissenschaft" im Bundesinnenministerium wurde um ein Viertel, die Mittel für Atomkernenergieforschung wurden um ein Siebtel gekürzt und waren damit härter getroffen als durch die allgemeine Haushaltskürzung. Sicherlich geschah das nicht willkürlich, manchen Beschluß zu empfindlichen Abstrichen mußte der Haushaltsausschuß schweren Herzens treffen.

Doch nun ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß man der Weg des schwächsten Widerstandes einschlägt und bei den Etatmitteln für Wissenschaft, Forschung und andere Kulturausgaben kräftig zum Rotstift greift. Die Wissenschaft hat keine Lobby. Wohl haben ihre Verbände und

Selbstverwaltungsgremien wie die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Westdeutsche Rektorenkonferenz und der Wissenschaftsrat, in dem der Bund selbst vertreten ist, wiederholt auf die Notwendigkeit verstärkter Förderung auch aus Bundesmitteln hingewiesen. Doch sie repräsentieren weder kapitalstarke Gruppen, noch stehen unzufriedene Wählermassen hinter ihnen. Und auch ein lautstarkes Auftreten in der Öffentlichkeit liegt ihnen fern.

Dennoch wäre es falsch, die Bedeutung von Wissenschaft und Forschung wie anderer Kulturaufgaben zu unterschätzen. Sie sind fast allein auf die Finanzierung durch die öffentliche Hand angewiesen. Selbst wenn dabei die Hauptlast durch die Länder getragen werden muß, können wir auf die Förderung durch den Bund als Spitzenfinanzierung und Initialzündung nicht verzichten. Auf einigen Gebieten, wie der Pflege der internationalen Kulturbeziehungen, ist sogar der Bund allein zuständig.

In manchen Fall hat es in den letzten Jahren nicht zuletzt aus Mangel an finanziellen Mitteln schon ein Fiasko gegeben. Der Wissenschaftsrat wies in seinem ersten Gutachten auf die Mißstände an unseren Hochschulen hin und alarmierte die Öffentlichkeit. Die Atomforschung beginnt erst jetzt allmählich, Anschluß an den internationalen Standard zu gewinnen. Die internationalen Kulturbeziehungen müssen noch weiter ausgebaut werden, nachdem sie jahrelang vernachlässigt wurden. Das alles steht in seinem politischen Gewicht hinter der Aufgabe der Wirtschaftsförderung oder hinter der sozialen Sicherung im Prinzip nicht zurück. Kulturausgaben zeigen ihre Wirkungen meist nach einem Jahrzehnt, auch Versäumnisse reifen sich nicht sofort. Es wäre aber kurzsichtig, wenn wir bei angespannter Haushaltslage nur mehr den Tagesnotwendigkeiten folgen.

Ist es angemessen, die Finanzierung der Universitätsgründung in Bremen noch weiter zu verzögern oder einzuschränken? Soll die Deutsche Forschungsgemeinschaft wichtige Projekte, von Bedeutung für die ganze deutsche Wissenschaft, um Jahre zurückstellen? Können wir auf einen weiteren Ausbau unserer Kulturinstitute im Ausland verzichten und das Feld den mitteldeutschen SPD-Funktionären überlassen? Das mögen einige konkrete Fragen sein, die sich bei drastischen Kürzungen der Kulturausgaben des Bundes stellen.

Es wäre ein Mißverständnis, diese Überlegungen so zu deuten, daß die Stats zur Förderung der Wissenschaft, Forschung und Kultur keinerlei Einschränkung erfahren sollen. Es wird aber darauf ankommen, nach sachlichen Gesichtspunkten die Dinge zu wägen und bei der Prüfung von Prioritäten nicht zu übersehen, das Wissenschaft und Forschung auch ohne Lobby die notwendige Förderung erfahren müssen.

### Finetere Verschwörung ?

Wer - Welchen Wert haben die sowjetischen Diplomaten und Auslandskorrespondenten für die Beurteilung der Aussenwelt durch den Kraml? Sind sie nicht Gefangene einer Ideologie, die sie unfähig macht, zu erkennen, was sich wirklich abspielt? Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, U Thant, hat während seines letzten Besuches der Sowjetunion die für ihn schmerzliche Beobachtung machen müssen, daß die sowjetische Öffentlichkeit nur schlecht und unzureichend über das Geschehen ausserhalb der Sowjetunion unterrichtet wird, und daß die Sowjetführung ein Weltbild pflegt, das mit der Wirklichkeit unserer Zeit nicht übereinstimmt. Wäre sie, die Sowjetführung, besser informiert, meinte der Generalsekretär, würde sie manche Handlungen unterlassen, die zur Verschärfung der Spannungen in der Welt führen. Der sowjetischen Öffentlichkeit wurden die Beobachtungen des Generalsekretärs durch den Moskauer Rundfunk verenthaltet, sie fielen unter seine Zensur.

Wie weltfremd der Kraml Erscheinungen ausserhalb seiner Mauern bewertet, wie ihm das Verständnis für wahrhaft revolutionäre Entwicklungen in unserer Zeit mangelt, wie starr er trotz der großen Oktoberrevolution und der Astronautenflüge ins Weltall an den Denkkategorien des 19. Jahrhunderts festhält, beweist wieder einmal die Tass-Erklärung zum Besuch des französischen Staatspräsidenten de Gaulle in der Bundesrepublik. Sie ist eine erschütternde Lektüre.

Für die Männer des Kraml ist die deutsch-französische Aussöhnung ein Ergebnis finetere, gegen den Ostblock gerichteter Verschwörung, mit dem Ziel, "die sozialistische Ordnung in den osteuropäischen Ländern zu liquidieren". Daß Deutsche und Franzosen nach jahrhundertalten Rivalitäten und mörderischen Kriegen den Weg zueinander gefunden haben, daß sie gemeinsam am Bau Europas zimmern und daß beide Völker bereit und willens sind, in einer europäischen Völkergemeinschaft zu leben und an ihr mitzuwirken, bleibt für die leitenden Männer der Sowjetunion ein unbegreifliches Phänomen, das sich nicht einordnen läßt in ihre Vorstellungen von Europa und der Welt. In der Begeisterung des deutschen Volkes, die de Gaulle als Repräsentanten der großen Nachbarnation entgegenschlug, sieht die Tass-Erklärung den Ausdruck eines wilden Revanchismus, der nur darauf sinnt, die Sowjetunion mit Krieg zu überziehen. Nur kann man dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle gewisse Dinge nachsagen - seine Atomwaffenpläne fordern zur Kritik heraus - aber der Gedanke, daß er, de Gaulle, an der Spitze einer deutsch-französischen Armee Napoleons Kreuzzug gegen Moskau im Jahre 1812 wiederholen möchte, kann nur einem Gehirn entspringen, das jeden Zusammenhang mit der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts verloren hat.

Das deutsche Volk, belehrt durch bittere Erfahrungen, empfindet es als ein großes Glück und als eine befreiende Tat, daß es in Gemeinschaft mit anderen Völkern gelungen ist, den Nationalismus, dieses verderbliche Gift, zu überwinden und an einem Europa mitzuarbeiten, dessen Ziele sich an einem friedlichen Zusammenleben aller Völker orientieren. Auch dies bleibt für den Kraml unfassbar. Er sieht in seiner Selbstverblendung Verschwörungen und Gespenster, die es nicht gibt.

Nach Berlin, nach Berlin :

R.G. S. - Der Regierende Bürgermeister Willy Brandt hat den Dank des Senats, des Abgeordnetenhauses und aller Berliner allen jenen ausgesprochen, die in den Sommer- und Ferienmonaten Berliner Kinder in der Bundesrepublik oder im Ausland aufnahmen. Die Berliner Verschickungen und Erholungsprogramme sind eine einmalige Leistung in der deutschen Gegenwartsgeschichte. Städte und Gemeinden, Privatleute und Organisationen haben darin gewetteifert, Berliner Kinder zu ihren Ferienkindern zu machen.

Die bedrängten und vom freien Auslauf abgeschnittenen Kinder der eingeschnürten Stadt, die vielleicht ihr besonderes Schicksal noch nicht erkennen und empfinden, sahen in der Bundesrepublik vieles, was es in Berlin für sie nicht zu sehen gibt. Hinterland - Land überhaupt - kennen Berliner Kinder nicht, außer in den wenigen dörflichen Randbezirken Westberlins, alles andere liegt seit Jahren weit ab, seit einem Jahr hinter einer unübersteigbaren Mauer.

26 250 Berliner Kinder haben schöne Wochen bei Familien in der Bundesrepublik und in Heimen und Kinderstätten des Westens gehabt. Fast 3 000 Westberliner Kinder waren gemeinsam mit ihren Eltern in diesem Sommer in Feriendörfern wie zum Beispiel Walddörfl und Nauenberg. Aber mit stiller Traurigkeit denkt man an die deutschen Kinder, die hinter der Mauer spielen und nicht in den Westen fahren können. Manchmal schauen diese Kinderaugen erwartungsvoll vom Ostsektor der Stadt hinüber in den Westen, wie man durch das Fernrohr sehen kann.

Berlin ist indes zu einer beliebten Attraktion für Ausländer geworden. Man besucht die Stadt, wie man früher in den afrikanischen Dschungel fuhr oder nach Shanghai oder in die Türkei. Es gibt aber auch viele stille ausländische Besucher, die keine Sensationen wünschen. Jeder vierte Gast Berlins war im letzten Halbjahr ein Ausländer. Es kamen 6,5 Prozent mehr Gäste als im Vorjahr. 755 000 Übernachtungen zählten die Hotels. Der Berliner Wirtschaft flossen durch den Fremdenverkehr 35 Millionen DM zu. Der deutsche "Fremdenverkehrstag" findet in Berlin statt, dafür erhalten 300 Geschäfte Sonderdekorationen. Was das dritte Reich nur zu Olympiade schaffte, erreichte die Spaltung: Berlin wurde eine international interessierende Fremdenverkehrsstadt, wenn auch oft nur für Tage und Stunden.

## Die Diktatur in Peru

Von Humberto Maiztegui

Sekretär der Sozialistischen Internationale für Lateinamerika

Die peruanische Armee hat unter Mißachtung der Ergebnisse der Wahlen vom Juni 1962 die verfassungsmässig gewählte Regierung des Präsidenten Prado, dessen Amtsperiode am 28. Juli beendet war, gestürzt. Am selben Tage sollte ein neuer Präsident vom Parlament gewählt werden, da keiner der drei Kandidaten das für die Verfassung bei Direktwahlen erforderliche Drittel erhalten hat.

Diese Armeemeuterei wird von der Bevölkerung Perus verurteilt, ebenso wie von den demokratischen Regierungen des Kontinents und verursacht Bedrückung bei allen Demokraten in Lateinamerika. Die Entwicklung gleicht der in Argentinien, wo das Land ebenfalls in eine ernste politische Krise geraten ist, ohne Zeichen einer baldigen Lösung. Es scheint, als ob dort die Armee eine Wiederkehr dessen wünscht, was während des bedauernden letzten Jahrzehnts lateinamerikanischer Diktatur die "Verschwörung des Schwertes" genannt wurde. Angesichts der Meuterei in Peru hat eine Anzahl von demokratischen lateinamerikanischen Regierungen verlangt, daß die Organisation der amerikanischen Staaten (OAS) Sanktionen gegen die neue Diktatur erlässt. Es ist der einzige Weg, um sich dieser Strömung entgegenzustellen.

Die Armee in Peru zielt darauf ab, APRA daran zu hindern, die Regierung zu bilden, oder an einer Koalitionsregierung teilzunehmen. Militärische Kreise in Lateinamerika repräsentieren in den meisten Fällen die Interessen der nationalen Wirtschaftsoligarchien, die alles tun, um die sozialen Reformen, die von der Bevölkerung verlangt werden, zu verhindern. Ein Sieg der APRA würde soziale Veränderungen bedeuten.

### APRA

Die politische Geschichte Perus während der letzten 40 Jahre ist mit der Persönlichkeit des Führers und Gründers von APRA, Haya de la Torre, verbunden. APRA wurde 1924 in Mexiko, wo Haya de la Torre im Exil lebte, als eine anti-imperialistische latein-amerikanische Bewegung gegründet. Anfänge waren ihre Vorstellungen streng marxistisch, jedoch kämpfte sie während ihrer ganzen Existenz heftig gegen die Kommunisten. 1931 begann APRA als eine politische Partei in Peru wirksam zu werden und während der Präsidentschaftswahlen in jenem Jahr wurde sie nur durch eine Wahlmanipulation um ihren Sieg betrogen. Seit damals wurde die APRA verfolgt und existierte im Untergrund. Die Gefängnisse waren voll von Apristas. Im Jahre 1945 wurde die APRA jedoch gesetzlich anerkannt und sie unterstützte bei den Wahlen J.L. Bustamante, der als Präsident der Republik gewählt wurde. Im folgenden Jahr erhielt APRA eine Mehrheit im Parlament, aber die Sitzungen des Kongresses wurden von den konservativen Abgeordneten boykottiert. Präsident Bustamante lehnte danach eine Zusammenarbeit mit APRA ab. In dieser Atmosphäre, die durch politische Gewalttätigkeit geprägt war, brach im Jahre 1948 eine Armeemeuterei im Hafen von Callao aus. Sie wurde unter-

drückt, doch Präsident Bustamante warf der APRA vor, die Meuterei angestiftet zu haben und verbot die Partei. Einige Tage später stürzte die Armee Präsident Bustamante und Haya de la Torre flüchtete in die kolumbianische Botschaft, wo er fünf Jahre blieb (von 2.1.49 bis 6.4.54), ohne in der Lage zu sein, das Land frei verlassen zu können.

Auf der Suche nach einer neuen demokratischen Lösung für die Probleme ihres Landes gab APRA ihre inoffizielle Unterstützung der Kandidatur von Manuel Prado. Er wurde 1956 zum Präsidenten der Republik gewählt und seit dieser Zeit war es APRA's Ziel, wenigstens politisch toleriert zu werden. Die Armee jedoch hat jede Zusammenarbeit mit den Apristen verächtlich zurückgewiesen.

APRA's politische Ideologie ist sozialdemokratisch im Charakter. Sie genießt die Freundschaft und Unterstützung der anderen Volksparteien Latein-Amerikas, der liberalen Kreise und der Gewerkschaften in den USA. Sie alle sehen in APRA die politische Kraft, die durch demokratische Mittel dem Land Sozialreformen bringen kann. APRA unterstützt Präsident Kennedys "Alliance for Progress" für Latein-Amerika. Ihr Programm fordert wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit allen Ländern Latein-Amerikas auf der Basis der Gleichberechtigung. Sie nennt diese Politik "Demokratischer Inter-Amerikanismus ohne Imperialismus".

#### Neue Periode politischer Gewalttätigkeit

Die Wahlergebnisse bedeuten, daß die "Demokratische Allianz" (APRA) 114 Sitze, die Volksaktion 29 Sitze, die Odristas 41 Sitze und die anderen 7 Sitze im Kongress erhielten. APRA zählten 8 Sitze, um Haya de la Torre zum Präsidenten der Republik zu wählen. Unter diesen Umständen begannen die Führer der APRA, Verhandlungen mit den anderen beiden wichtigsten Kandidaten, um eine Koalitionsregierung zu bilden. Ohne APRA's Schuld brachen die Verhandlungen zusammen. Noch während der Beratungen informierte die Armee Präsident Prado, daß sie gegen die Wahl Haya de la Torres Einspruch erheben würde. Sie warf ihm angebliche Mißbräuche während der Wahlen vor, ohne irgendwelche Beweise vorzubringen, während das nationale Wahlgericht fest dabei blieb, daß die Wahlen ordnungsgemäß und korrekt durchgeführt wurden.

Als der Staatsstreich unaufhaltsam schien, zog Haya de la Torre seine Kandidatur zurück und versprach General Oldria, dem Führer der nationalen Union, brieflich, daß ihm bei der Präsidentenwahl die Stimmen der APRA-Parlamentarier zufallen würden. Diese Zurückziehung jedoch genügte der Armee nicht. Die Militärs wollten die Zerstörung der demokratischen Institutionen in Peru. Das spätere Versprechen der Militär-Junta, freie allgemeine Wahlen im Juni 1963, ohne politische Behinderung und mit Garantien der politischen Freiheiten abzuhalten, sind ein grausamer Scherz für die Bevölkerung Perus und aller zivilisierten Nationen.

Zur Zeit organisiert die mächtige Gewerkschaft von Peru, die dem IBFC angeschlossen ist, die Opposition gegen die Diktatur. Einige militärische Einheiten erkennen die Militär-Junta unter Vorsitz des Generals Perez Godoy nicht an. Die grossen Garnisonen jedoch unterstützen die Junta. Die Studenten haben gestreikt, und eine neue Periode politischer Gewalttätigkeit beginnt in Peru.